

**Erwachsenenbildung in 60 Jahren? Essays zum Jubiläumsjahrgang (3)****Prof. Dr. Rudolf Tippelt****Unentbehrlich in der komplexen Moderne**

Die Erwachsenenbildung ist der Persönlichkeitsentwicklung des Einzelnen verpflichtet, aber sie ist gleichzeitig eng mit Entwicklungen der Demokratie, der Wohlfahrt, der Technik, der Ökonomie und der Kultur in unserer Gesellschaft verbunden. Dies führte in den letzten 60 Jahren zu deutlichen expansiven Trends in der Erwachsenenbildung. Dennoch ist es auch heute noch so, dass nur etwa die Hälfte der Erwachsenenbevölkerung formale Weiterbildungsangebote aufsucht. Dabei sind die qualifizierenden Aufgaben, sozialintegrativen Aufgaben und die kulturell bildenden Aufgaben in den letzten 60 Jahren nicht kleiner geworden. Im Prozess des sozialen Wandels hat sich die gesellschaftliche Komplexität erhöht, und Entwicklungen sind zunehmend unüberschaubar geworden. Auch hat die Pluralisierung der Lebenswelten Menschen aus festen Solidaritätsstrukturen und traditionellen Normsystemen herausgelöst. Ein Unbehagen in der Moderne zeigt sich u.a. als Wunsch nach sozialer Bindung und Sicherheit. Auch ist die internationale wirtschaftliche und auch politische Verflechtung stärker geworden, die Probleme des Umweltschutzes und des Datenschutzes sind grenzüberschreitend sichtbar, und der Informationsaustausch hat auch die Erwachsenenbildung internationaler werden lassen. Kooperation macht heute nicht an den Grenzen irgendwelcher nationalstaatlichen Systeme halt, stattdessen – und dies lässt sich an der stärkeren Orientierung an Menschenrechten und an Fragen der Inklusion aufzeigen – wird eine Orientierung an der universalen Gemeinschaft einerseits greifbarer und andererseits immer wieder gefährdet.

Der hohen Anerkennung in der Bevölkerung und auch den wachsenden Aufgaben der Erwachsenenbildung folgt leider nicht eine entsprechende Aufmerksamkeit, die sich in einer sicheren finan-

ziellen Unterstützung niederschlagen würde. Die Erwachsenenbildung erlebt Konjunkturen, und es erstaunt, dass es in einer Wissens-, Arbeits- oder Risikogesellschaft in den letzten 60 Jahren nicht zu einer Verstärkung der finanziellen Unterstützung und zu klaren rechtlichen Strukturen in diesem Bildungsbereich kam.

Positiv zu werten ist dennoch, dass sich trotz mancher Schwierigkeiten die wichtigen organisatorischen Grundsätze der Erwachsenen- und Weiterbildung behauptet haben, wie das Subsidiaritätsprinzip, der Träger- und Angebotspluralismus, die Flächendeckung und auch die Allgemeinzugänglichkeit der Angebote sowie die Freiwilligkeit der Teilnahme und die öffentliche Verantwortung. Auch wenn die Erwachsenen- und Weiterbildung in den Trend der Modernisierung eingebunden ist und sich die Themen und Zielgruppen immer wieder verändern, ist ein Thema in den letzten Jahrzehnten sehr stabil geblieben – die Einsicht, dass lebenslanges Lernen, dass Bildungsprozesse über die Lebensspanne bis in das hohe Alter ein reflexives, bewusstes und konstruktives Leben fördern.

In neuerer Zeit ist die Planung sowohl im politischen als auch im verbandlichen Bereich der Erwachsenenbildung zunehmend auf eine verlässliche Forschung angewiesen, die das formale, das non-formale und das informelle Lernen heterogener Bevölkerungsgruppen analysieren. Quantitative und qualitative empirische Forschung begleitet daher die Entwicklungen der Erwachsenenbildungspraxis, indem sie Institutionen, Entwicklungen, Teilnehmererwartungen, Kooperationen und Netzwerke oder didaktische Innovationen – häufig in enger Zusammenarbeit mit praktischen Institutionen – analysiert und reflektiert. Forschung und Praxis sind in der Erwachsenenbildung in einer engen

Synthese zu sehen. Trotz zahlreicher Theoriekonjunkturen und immer wieder sich wandelnder inhaltlicher Moden werden traditionelle Themen wie die Organisation und die Professionalisierung, die Ausdifferenzierung und die Beratung in der Erwachsenenbildungsforschung fokussiert. Aber auch aktuelle Veränderungen, wie Innovationen im Management, Anstöße durch ein aufgeklärtes Dienstleistungsmarketing, mediengestütztes Lernen oder eben auch die Kooperation und Konkurrenz von Einrichtungen, sind in der akademischen Ausbildung und in der immer wichtiger werdenden Fortbildung der Weiterbildner verankert.

Wenn man in die Zukunft blickt, ist die Prognose zu wagen, dass Erwachsenen- und Weiterbildung in der komplexen Moderne unentbehrlich sind, und hierfür gibt es einige plausible Gründe: Die Bildungsexpansion im schulischen Bereich erzeugt auch in der Erwachsenenbildung eine höhere Nachfrage, Ältere eignen sich neue Altersbilder an und erleben sich länger als lernfähig und kompetent, Frauen wollen aufgrund ihrer besseren Erstausbildung nicht mehr von der Weiterbildung – insbesondere auch nicht von der beruflichen und betrieblichen Aufstiegsfortbildung – ausgeschlossen sein, in der heutigen Einwanderungsgesellschaft besteht der Bedarf, andere Kulturen besser zu verstehen und gleichzeitig Integrationsleistungen in der Weiterbildung auszubauen. Und diejenigen, die in jungen Jahren im Bildungsbereich etwas versäumt haben, sehen sich vor der akuten Herausforderung, etwas nachzuholen, um nicht chancenlos zu bleiben.

Die Erwachsenenbildung ist in den letzten Jahrzehnten zu einem expansiven und äußerst vitalen Entwicklungsfaktor geworden – aber es stimmt: Es müssen weiter »dicke Bretter« gebohrt werden, und als Pädagogen werden wir die Bedeutung einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung über die gesamte Lebensspanne immer wieder herausarbeiten und im gesellschaftlichen Diskurs betonen.

Prof. Tippelt ist Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

## »Lernende Werkstatt«

### Stadt Arnsberg als Modell für die Bewältigung des demografischen Wandels / Europäischer Preis

Der demografische Wandel, die älter werdende Gesellschaft ist ein Prozess, der im besonderen Maße auch den lokalen Raum, die Nachbarschaft vor neuen Herausforderungen stellt. Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind auf diesen Nahraum angewiesen, auf Mitmenschen und Institutionen, die sie verstehen, unterstützen, ihnen helfen und zur Seite stehen. Beispiele aus der Ehrenamtsarbeit zeigen, dass durch professionell organisierte Unterstützung viel Positives erreicht werden kann (siehe den Praxisbericht über die Nachbarschaftsberatung in diesem Heft). Dies gilt im besonderen Maße für Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Seit Mitte der 90er-Jahre ist die Stadt Arnsberg besonders aktiv, ältere Menschen in die Entwicklung der Stadt einzubinden, ihnen konkrete (Lern-)Angebote zu geben und auch die Mitbürger/-innen entsprechend weiterzubilden. Aus diesem Engagement hat

sich das bundesweit bekannte Modellprojekt »Lern-Werkstatt« Demenz entwickelt. Im Mai wurde das Projekt nun mit dem Europäischen Preis »Living Well with Dementia in the Community – European Foundations Initiative on Dementia (EFID)« ausgezeichnet. Die Verkäufer/-innen sitzen geduldig im Schulungsraum: Was ist zu tun, wenn ein Kunde die Bäckerei verlässt, ohne zu bezahlen, und der offensichtlich demenz ist? Mit Schulungen dieser Art sollen möglichst viele in der Stadt, die mit demenzen Menschen zu tun haben könnten, den Umgang mit den Betroffenen lernen. Bus- und Taxifahrer wurden bisher genauso unterrichtet wie Bank- und Verwaltungsangestellte.

### Akademie 6 bis 99

In der Stadt im Sauerland sind so bislang 50 Projekte entstanden, und rund 600 Ehrenamtliche sind im Einsatz.

Dazu zählt die »Akademie 6 bis 99«, die aus einer Kooperation vom örtlichen Berufskolleg »Am Eichholz« und der Fachstelle »Zukunft Alter« der Stadt Arnsberg besteht. Was anderorts vielleicht undenkbar erscheint: Eine Institution für die Erstausbildung von Jugendlichen stellt ein generationenübergreifendes Bildungsprogramm auf die Beine. Die Jüngeren profitieren vom Erfahrungsschatz der Älteren, und die Jugendlichen steuern Theateraufführungen und Spielernachmittage für Senioren bei. Viele Ideen, die von Bürger/-innen

selber oder von der Fachstelle »Zukunft Alter« angestoßen wurden, sind seit Beginn des Engagements in den 90er-Jahren auch umgesetzt worden. Dazu zählen zum Beispiel Konzepte zum seniorengerechten Einkaufen, ein spezielles Seniorenticket der Verkehrsbetriebe, Seniorenbegleiter/-innen in Bussen, Ausstellungen, generationenübergreifende Projekte und Aktionen, ein aktiver Seniorenbeirat und vieles mehr. Besonders wichtig sind dabei die vielen Angebote, die sich durch ehrenamtliche Arbeit, Beratungsangebote, Musik- oder Malangebote, generationenübergreifende Aktionen an die Betroffenen und ihre Angehörigen direkt wenden. Auffällig ist aber, dass auch die Erwachsenenbildung eine herausragende Rolle spielt: Von Schulungen für Multiplikatoren/-innen im pädagogischen Bereich, wie man Kindern Demenz erklärt, bis zur Weiterbildung »Märchen erzählen für Menschen mit Demenz«. Viele Ideen und weitere Hilfen sind in einem Handbuch für Kommunen zusammengefasst, das andere Gemeinden ermuntern soll, auch diesen Weg zu beschreiten, der laut Arnsbergs Bürgermeister Hans-Josef Vogel zu einer »sorgenden Gemeinschaft in der Stadt des langen Lebens« führt.

*Michael Sommer*

### Toolkit »Lernen lernen«

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) hat in Rahmen eines EU-Projekts »LeWel Up« einen Werkzeugkasten »Lernen lernen in der Erwachsenenbildung« für Kursleiter, Trainer und Dozenten entwickelt. Der Baukasten enthält eine 128-seitige Broschüre (»LeWel Up Toolkit«), in der in zehn Kapiteln verschiedene Ansätze und Methoden vorgestellt werden, wie gering qualifizierte Erwachsene mit dem Lernen vertraut gemacht werden können. Außerdem gehören noch eine DVD mit Videos und verschiedene Arbeitsblätter mit Fallstudien zu dem Set.

Bezug: [www.lewelup.eu/manual](http://www.lewelup.eu/manual)



Strategie für Städte

Die Stadt als Akteur

Die Bürger und ihre Stadt

Die Familie

Die Betroffenen

Die Ehrenamtlichen

**Arnsberger »Lern-Werkstatt« Demenz**  
Handbuch für Kommunen

## Lockerung des Kooperationsverbots nur für Hochschulen

### Forderung der Erwachsenenbildung ohne Wirkung

Mit der Lockerung des Kooperationsverbots hat das Bundeskabinett zwar eine lang gestellte Forderung nach einer Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Bildung erfüllt, um so eine bessere Förderung von Bildung zu erreichen. Doch ist der Beschluss ganz auf den Universitätsbereich beschränkt. Damit berücksichtigt die Bundesregierung nicht die schon im Jahr 2012 von den führenden Bildungsverbänden, darunter auch der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) Deutschland, gestellte Forderung, das Kooperationsverbot für alle Bildungsbereiche zu lockern. In der damaligen Erklärung heißt es u.a.: »Neben der Initiative zugunsten der Wissenschaft und Forschung benötigt Deutschland die Aufhebung des Kooperationsverbots auch in anderen Bildungsbereichen. Eine zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern über den gesamten Bildungsverlauf ist eine entscheidende Voraussetzung für mehr Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit im deutschen Bildungssystem. Kaum ein Bildungsexperte lässt heute noch einen Zweifel daran, dass sich das größte Bildungsproblem des Landes, die ungleiche Verteilung der Chancen, nur noch in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller politisch Verantwortlichen auf sämtlichen Entscheidungsebenen lösen lässt. Dies gilt für alle Bildungsbereiche – für die vorschulische, schulische, berufliche und hochschulische Bildung ebenso wie für die Erwachsenen- und Weiterbildung.«

Aktuell beklagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe den Schritt des Kabinetts als zu wenig: »Das Kooperationsverbot allein für die Wissenschaft zu lockern kann nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen einen zukunftsfähigen Handlungsrahmen für die gesamte Bildungspolitik. Jede politisch gewollte Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommu-

nen muss möglich sein.« Tepe verwies auf die einmalige Chance, eine ganze Reform auf den Weg zu bringen statt einer halben: »Die Koalition hat die nötige Mehrheit, um das Kooperationsverbot in der Bildung zu kippen. Sie muss das enge Zeitfenster nutzen.« Der Wortlaut des neuen Artikels 91b Grundgesetz müsse nur um das Wort »Bildung« ergänzt werden, um die Bildungszusammenarbeit auf völlig neue Füße zu stellen.

Tepe forderte die Koalition darüber hinaus auf, die Voraussetzung überregionaler Bedeutung für eine Förderung

des Bundes zu streichen. Ähnlich äußerte sich die Geschäftsführerin der KEB Deutschland, Andrea Hoffmeier: »Deutschland benötigt die Aufhebung des Kooperationsverbots auch in anderen Bildungsbereichen. Die Zahlen zum funktionalen Analphabetismus in Deutschland geben doch genug Anlass, nicht nur universitäre Bildung als nationale Aufgabe zu sehen! Diese bedrückende Bildungsrealität lässt sich nur dann entscheidend verbessern, wenn aus dem Nebeneinander der Bildungspolitik ein Miteinander wird. Künftig muss es Bund und Ländern unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein, in allen Bildungsbereichen gemeinsame Bildungsprogramme zu vereinbaren, an denen sich der Bund finanziell beteiligen kann – und dies, ohne den Föderalismus auszuhebeln.«

so

### Bundesverband Alphabetisierung reduziert Geschäftsstelle

Aufgrund der »derzeit angespannten finanziellen Situation« sind die beiden bisherigen Geschäftsführer Peter Hubertus sowie Hartmut Steinberg des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung e.V. im Sommer freiwillig ausgeschieden – so heißt es in einer Mitteilung auf der Homepage des Verbandes. Die Geschäftsführung übernimmt kommissarisch Vorstandsmitglied Ellen Abraham. Mit dem Schritt sollen die Fixkosten der Geschäftsstelle reduziert werden. Die Serviceleistungen, wie der Online-Shop, das ALFA-Telefon, das ALFA-Mobil und das ALFA-FORUM, sollen ebenso wie die laufenden Projekte RAUS und iCHANCE von den Reformen unberührt bleiben. »Die anstehenden Veränderungen werden jedoch nicht nur personeller Natur sein«, heißt es in der Mitteilung. »Wir entwickeln aktuell Ideen und Perspektiven, um den Verband auf inhaltlicher und finanzieller Ebene für die Zukunft gut aufzustellen und sein Profil zu schärfen.«

### Praxisleitfaden Inklusion

Die Volkshochschule Mainz erstellt in den kommenden drei Jahren in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter Rheinland-Pfalz e.V. einen Praxisleitfaden über die Möglichkeiten inklusiven Lernens in der Erwachsenenbildung. Rheinland-Pfalz fördert dieses Modellprojekt mit rund 80.000 Euro. Durch die Befragung von Betroffenen, Expertinnen und Experten sowie anhand von Best-Practice-Beispielen sollen konkrete Handlungsvorschläge erarbeitet werden, wie die Abläufe in einer Einrichtung der Erwachsenenbildung künftig auf verschiedensten Ebenen barrierefrei gestaltet werden können. Das reicht von einer barrierefreien Internetpräsenz über neue Möglichkeiten der Kurseinstufung, der Anmeldung und der Teilnahme bis hin zur Konzeption inklusiver Kursangebote. Basis dafür ist eine Bestandsaufnahme, in welcher Form Menschen mit Behinderung Hürden zu überwinden haben, welche Bildungsangebote sie gerne nutzen würden und was sie bisher davon abhält.

# Ein Netzwerk für die Weiterbildung

## Baden-Württemberg: Bündnis für Lebenslanges Lernen

Das baden-württembergische »Bündnis für Lebenslanges Lernen« hat am 18. Juli 2014 zum ersten Mal seine Arbeit mit einem Fachkongress einem größeren Fachpublikum vorgestellt.

Das Bündnis wurde Ende 2011 mit dem Ziel gegründet, die Zusammenarbeit der verschiedenen Weiterbildungsträger in Baden-Württemberg zu stärken und ein neues Bewusstsein für die Weiterbildung zu schaffen. Rund 40 Dachverbände, Organisationen und Einzleinrichtungen aus der allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung sowie verschiedene Fachministerien gehören dem Bündnis an. Federführendes Ressort ist das Kultusministerium. Die Bündnispartner arbeiten in mehreren Arbeits- und Fachgruppen zusammen, um die Weiterbildungsbeteiligung benachteiligter erwachsener Menschen zu fördern, ein landesweites Netzwerk für Weiterbildungsberatung aufzubauen sowie neue, multimediale Instrumente für die Erwachsenenbildung zu etablieren.

Das Kultusministerium hat während seiner bisherigen Bündnisarbeit zahlreiche Konzepte aus den Bereichen Grundbildung/Alphabetisierung, Integration/Inklusion, Elternbildung, Ein- und Wiedereinstieg in den Beruf, Weiterbildung für Ältere, Neue Medien und mobiles Lernen sowie Weiterbildungsberatung gefördert. Ziel war und ist, die erfolgreichsten Projekte als Best-Practice-Modelle flächendeckend auf das ganze Land zu übertragen und wichtige Erkenntnisse für die Erwachsenenbildung und die immer größer werdende Bedeutung des Lebenslangen Lernens zu gewinnen.

Eine der derzeit wichtigsten Aufgaben des Bündnisses ist, ein landesweites Netzwerk für Weiterbildungsberatung aufzubauen. Die Gesamtkonzeption dafür wird federführend vom Volkshochschulverband Baden-Württemberg erarbeitet. Begleitet wurde die

Konzeptionsphase durch die Universität Heidelberg. Nach Abschluss der Konzeptionsphase wird das »Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung« ab 2015 seine Arbeit aufnehmen.

Aktuell haben die Regierungsfractionen angekündigt, die Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung um

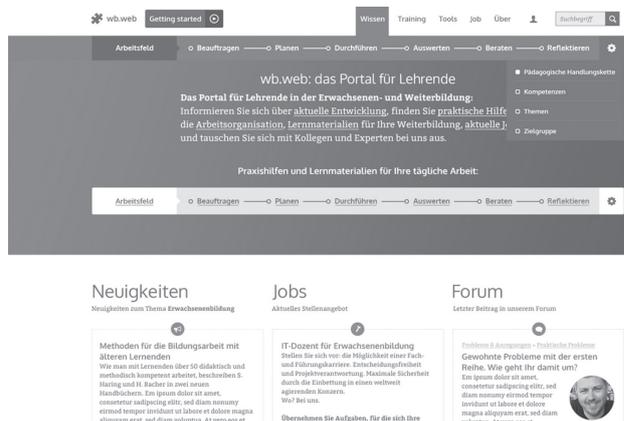
weitere 3,9 Millionen Euro (2015) und 8,6 Millionen Euro (2016) zu erhöhen. Auf dem Programm des Fachkongresses stand vormittags unter anderem eine Diskussionsrunde, die den Blick auf die Zukunft der Weiterbildung richtete. Neben führenden Gesprächspartnern/-innen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft war dort auch Dr. Michael Krämer, Vorsitzender der Kirchlichen Landesarbeitsgemeinschaft für die Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg, vertreten (s. auch seinen Beitrag in der EB 1/2014).

## Offenes Portal für Lehrende

Um Lehrkräften der Weiterbildung ein fundiertes Angebot zur Erweiterung eigener Kompetenzen anzubieten und dadurch die Professionalitätsentwicklung zu unterstützen, werden das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) und die Bertelsmann Stiftung ein offenes Online-Portal (»wb.web: das Portal für Lehrende«) entwickeln. Mit Hilfe einer Online-Umfrage wollte das Projektteam zuvor herausfinden, welche Angebote dort am sinnvollsten angeboten werden. Demnach wünschen die rund 1300 Teilnehmenden an der Befragung Materialien und Informationen über Lehr- und Lernmethoden sowie Lehr- und Lernkonzepte. Auch Wissen zur Gestaltung der Interaktion mit erwachsenen Lernern wird stark nachgefragt. Der Umgang mit der Heterogenität der erwachsenen Lerner ist eine der größten Herausforderungen im erwachsenenpädagogischen Alltag. Genannt wurden auch Wissen über Lernprozesse sowie Lernbarrieren, aber auch die Beratung der Lernenden. Aus Sicht der Befragten reicht es allerdings nicht, ihnen qualitativ hochwertiges Wissen zur Verfügung zu stellen. Der Zugang müsse flexibel möglich sein – jederzeit und

überall in ansprechender Form. Um gute Weiterbildung zu machen, braucht es neben professionellen Lehrkräften auch zielgruppengerechte Lehrmaterialien und Unterrichtskonzepte. Open Educational Resources als freie Bildungsmaterialien, die je nach Bedarf problemlos verbreitet, verbessert und weiterverarbeitet werden können, sind das Top-Thema in der Befragung. Fast alle Befragten wünschen sich nicht nur mehr Informationen zum Thema, sondern auch Hinweise, wo qualitativ hochwertige OERs zu finden sind und wie man sie in der Praxis einsetzen kann. Gleich dahinter rangiert der Wunsch nach praktischen Handlungsanleitungen und Checklisten für die Unterrichtsgestaltung. Das Portal ist noch in der Entwicklungsphase und daher nicht online erreichbar, eine Arbeitsversion existiert aber bereits schon (s. Foto).

22



Arbeitsversion des neuen »Portals für Lehrende«